

# Wildbader Tagblatt

## (Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt  
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.  
Bezugspreis für den Monat Mai Mark 2800.—  
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im  
innerdeutschen Verkehr 2800.— zuzügl. Postbestellgeld.  
Einzelnummern 100 Mk. : Girokonto Nr. 50 bei der  
Oberamtspostkasse Neuenbürg, Zweigstelle Wildbad.  
Bankkonto: Direction d. Discontogef., Zweigst. Wildb.  
Postfachkonto Stuttgart Nr. 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren  
Raum Mk. 130.—, anwärts Mk. 150.—. Reclame-  
zeile 350 Mk. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach  
Tarif. Für Offerten u. bei Anstuferteilung werden  
jeweils 75 Mk. mehr berechnet. Schluß der Anzeigen-  
annahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konturs-  
fällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig  
wird, fällt jede Nachzahlung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 111

Vertrauf 179

Wildbad, Dienstag, den 15. Mai 1923

Vertrauf 179

58. Jahrgang

## Die Antwort aus London und Rom

Gestern mittag wurden die längst erwarteten Antwortnoten, die wir untenstehend wiedergeben, in London bzw. Rom den deutschen Botschaftern überreicht. Sollte es in Deutschland nach den Vorgängen der letzten Monate irgend einen Optimisten noch geben, der seine Hoffnung auf eine Aenderung der Dinge zugunsten Deutschlands von Englands oder Italiens Seite aus gesetzt hat, den dürfte der echt pharisäerhafte Ton und Inhalt der beiden Noten eines Besseren endgültig belehrt haben. Deutschland steht mehr denn je allein und England, wenn es sich mit einem Schein des Wohlwollens umgibt und uns leider teilweise mit Erfolg schon damit zu täuschen versucht, denkt nicht daran, uns irgendwie zu helfen. Wie die letzten Nachrichten aus Berlin besagen, beurteilt man auch in deutschen Regierungskreisen die Noten sehr pessimistisch und man würde in seinen Erwartungen enttäuscht.

Auch Lord Curzon macht den Fehler, die deutsche Leistungsfähigkeit zu überschätzen, die sich durch den Ruheinzug noch dauernd vermindert. Von dem Vorschlag des amerikanischen Staatssekretärs Hughes, die Entschädigungsfrage einer unparteiischen Sachverständigenkonferenz zu unterbreiten ist überhaupt nicht die Rede.

Die beiden Noten haben nicht wie die feinerzeitige französisch-belgische Erklärung den gleichen Wortlaut, wohl aber besitzen sie dem Sinn nach den gleichen Inhalt. Man gibt sich zwar zuerst den Anschein des deutschfreundlichen Biedermanns, in Wirklichkeit ist man aber keineswegs willens, auf die deutschen Vorschläge einzugehen. Vom Ruhrgebiet ist nirgends die Rede. Im Gegensatz zu der englischen Note wird in der italienischen auf die Frage der Verbandschulden eingegangen.

Die Reichsregierung sieht sich nun aufs neue vor ernste Entscheidungen gestellt. Ob überhaupt Aussicht auf Erfolg besteht, die Erörterungen über die Reparations- und Ruhrfrage fortzusetzen?

## Der Wortlaut der englischen Note

London, 13. Mai. Die heute vormittag auf der deutschen Botschaft überreichte Note der britischen Regierung hat folgenden Wortlaut:

Erw. Excellenz!

Die Regierung Sr. Majestät hat dem Memorandum, das Erw. Excellenz mir am 2. Mai mitgeteilt haben und in dem die deutsche Regierung ihre Vorschläge für eine Regelung der Reparationsfrage vorlegt, ihre sorgfältige Aufmerksamkeit zuteil werden lassen.

Dieser Schritt der deutschen Regierung ist bekanntlich die Folge einer Anregung gewesen, die ich im Laufe einer Debatte im britischen Parlament am 20. April gegeben habe und die Regierung Seiner Majestät hat daher an der Antwort, die auf diesen Appell hin erfolgt ist, ein besonderes Interesse. Ich kann Erw. Excellenz nicht verhehlen, daß die Vorschläge Ihrer Regierung eine große Enttäuschung gewesen sind und daß die deutsche Regierung den ungünstigen Eindruck, den sie sowohl auf die Regierung Sr. Majestät, als auf ihre Alliierten gemacht haben, nach meiner Ansicht hätte voraussehen und ihm daher vorbeugen können und müssen.

Die Vorschläge entsprechen weder der Form noch dem Inhalt nach dem, was Sr. Majestät Regierung vernünftigerweise als Antwort auf den Rat hätte erwarten können, den ich bei mehr als einer Gelegenheit der deutschen Regierung durch Erw. Excellenz zutommen zu lassen unternommen habe, und auf den direkteren, ihr in der erwähnten Rede gegebenen Hinweis.

Die Hauptgründe für diese berechtigte Enttäuschung sind die folgenden: 1. Die deutsche Regierung bietet als Gesamtbetrag ihrer anerkannten Schuld eine Summe an, die weit unter dem wahren Betrag liegt, der die Grundlage des der Pariser Konferenz im letzten Januar unterbreiteten britischen Zahlungsplans bildete, und daher von vornherein als für die alliierten Regierungen völlig unannehmbar hätte erkannt werden müssen. Weiterhin wird die Zahlung sogar dieser unzulänglichen Summe von dem Ergebnis einer Reihe internationaler Anleihen abhängig gemacht, daß unter den kundgegebenen Bedingungen in weitem Umfang ungewiß sein muß, und zwar in einem so hohen Grade, daß der von der deutschen Regierung vorgelegte Plan tatsächlich Bestimmungen enthält, die sich mit der Möglichkeit des Nichtzustandekommens der Anleihen beschäftigen. Außerdem schließen die zu diesem Punkte vorgeschlagenen Regelungen finanzielle Bedingungen ein, die für Deutschland weniger drückend sind, als wenn die Anleihen erfolgreich wären, so daß kein wirklicher Anreiz für

## Kurze Tagesübersicht.

Am Freitag wurde die Aussprache über die Deutsch-österreichische Freiheitspartei weitergeführt.

Die englische und italienische Note bezeichnen die deutschen Vorschläge als ungenügend, sind also ablehnend, regen aber neue erweiterte deutsche Vorschläge an.

In Berlin steht die Reichsregierung durch den Notenauswechsel vor den schwersten Entscheidungen. Der Eindruck der beiden Noten ist ein niederdrückender.

Im Ruhrkampf sind überall neue Verschärfungen zu verzeichnen mit Beschlagnahmen, Strafen und Ausweisungen.

Die russische Delegation soll aus Lausanne abberufen sein.

Deutschland gegeben ist, den Versuch zur Ausbringung zu machen. 2. Daß es die deutsche Regierung unterläßt, die Art der Garantien mit größerer Schärfe zu bezeichnen, die Deutschland anzubieten bereit ist, ist noch ganz besonders zu bedauern. Statt greifbare substantielle Vorschläge in dieser Richtung zu erhalten, sehen sich die alliierten Regierungen unbestimmten Versicherungen, Bezugnahmen auf künftige Verhandlungen gegenübergestellt, die in einer geschäftlichen Transaktion dieser Art praktischen Wert entbehren.

Die Enttäuschung ist um so größer, als die Regierung Sr. Majestät gern den Glauben aufrecht erhalten möchte, daß in dem deutschen Memorandum Anzeichen dafür zu finden seien, daß die deutsche Regierung die auf ihr liegende Verpflichtung anerkennt, eine ernsthafte Anstrengung zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten aus dem Vertrag von Versailles zu machen in einer Weise, die die Alliierten als billig und aufrichtig ansehen können. Wenn Deutschland die Absicht hat, den Weg zu einer wirksamen und schnellen Lösung des Problems zu eröffnen, des, solange es nicht gelöst ist, die politische und wirtschaftliche Lage Europas und tatsächlich der ganzen Welt in ernste Verwirrung bringt, dann scheint es bedauerlich, daß es nicht eine klarere und schärfere Abschätzung der Umstände bewiesen hat, auf denen allein eine solche Lösung gesucht werden kann. Die Regierung Seiner Majestät ist ihrerseits überzeugt, daß Deutschland in seinem eigenen Interesse es vorteilhaft finden wird, eine größere Bereitwilligkeit zur Auseinandersetzung mit der tatsächlichen Lage zu entwickeln und unter Ausschaltung aller weitschweifigen und strittigen Punkte dazu schreiten wird, seine Vorschläge noch einmal zu erwägen und so zu erweitern, daß sie in eine brauchbare Grundlage für weitere Erörterungen umgewandelt werden. An einer solchen Erörterung wird die Regierung Sr. Majestät bereit sein, im geeigneten Augenblick an der Seite ihrer Alliierten teilzunehmen, mit denen sie ein praktisches Interesse an dieser Frage teilt, das sie ebensowenig aufzugeben beabsichtigt, wie den Wunsch, einer Lage von internationaler Gefahr ein Ende zu machen. Aber sie kann der deutschen Regierung nicht verhehlen, daß der erste Schritt zur Verwirklichung einer solchen Hoffnung die Anerkennung von Seiten Deutschlands sein muß, daß eine viel sicherere und viel bestimmtere Mitwirkung erforderlich ist, als sie je bisher in Erscheinung getreten ist.

## Die italienische Note

Rom, 14. Mai. Die gestern mittag der hiesigen deutschen Botschaft überreichte Note der italienischen Regierung lautet in deutscher Uebersetzung:

Herr Botschafter!

Die aufmerksame Prüfung der Denkschrift vom 2. Mai ds. Js., die die Vorschläge der deutschen Regierung für eine Regelung der Entschädigungsfrage enthält, hat mich überzeugen müssen, daß sie nicht geeignet sind, den verbündeten Regierungen als Grundlage für eine entscheidende Erörterung zu dienen. Meine wiederholten Bemühungen, die deutsche Regierung zu veranlassen, vernünftige und praktische Vorschläge vorzulegen, um aus der in Mitteleuropa gefährlichen herauszukommen, geben mir einzigen Grund zur Hoffnung, daß der Schritt der deutschen Regierung einen Fortschritt auf dem Wege einer friedlichen Lösung der Frage bedeuten würde. Ich muß jedoch feststellen, daß meine Erwartung getäuscht worden ist. Wie aus den von ihr bei den letzten beiden Konferenzen in London und Paris vorgelegten Plänen hervorgeht, ist Italien durch seine gegenwärtige wirtschaftliche und finanzielle Lage gezwungen, die Entschädigungsfrage und die Frage der Verbandschulden als im-

mer eng miteinander verbunden anzusehen. Italien kann nicht umhin, darauf zu dringen, daß die beiden Fragen so bald wie möglich gelöst werden, wobei auch die Aufwendungen für den Wiederaufbau seiner eigenen befehligten Provinzen berücksichtigt werden müssen. Diese Notwendigkeiten erklären deutlich seine Haltung sowohl bei den Beschlüssen der Wiederherstellungskommission, wie auch bei allen Ereignissen, die nach der letzten Konferenz von Paris eingetreten sind, wobei zu berücksichtigen und als feststehend anzunehmen ist, daß seine Interessen und seine Forderungen bei der Lösung der äußerst ernsten Fragen nicht geringer sind als diejenigen irgend eines verbündeten Staates. Wie in vielen amtlichen Aeußerungen und besonderen Handlungen der königlichen Regierung bekundet worden ist, ist Italien geneigt, seinen Anteil an den Opfern zu tragen, um zu einer allgemeinen wirtschaftlichen Regelung zu gelangen. Aber es kann nicht zugeben, daß ihm mehr auferlegt wird, als seine Kräfte bei vernünftiger Schätzung zulassen. Der deutschen Regierung ist übrigens bekannt, daß die italienische Regierung sich zu ihrem lebhaften Bedauern gezwungen sah, dem von der englischen Regierung der Konferenz in Paris vorgelegten Plan zur Regelung der Entschädigungen nicht beizutreten. Obwohl die Denkschrift Bonar Law's hohe Ziele anstrebte, schien sie die unabwiesbaren Forderungen Italiens nicht genügend zu berücksichtigen. Nach diesem unmittelbaren Vorgang muß die italienische Regierung mit berechtigtem Erstaunen hervorheben, daß die deutsche Denkschrift vom 2. Mai weit hinter den Vorschlägen zurückbleibt, die in dem Plan der britischen Regierung enthalten waren. Abgesehen davon, daß die für die Entschädigungen festgelegte Summe offensichtlich weit niedriger ist als irgend ein noch so geringer Betrag, den man vernünftigerweise hätte erwarten können, ist die internationale Anleihe, mit der die Zahlung dieser Summe vollständig bewirkt werden soll, nur als ein Mittel angegeben, ohne die notwendigen genaueren Angaben und ohne daß gesagt wäre, wie für ihre Unterbringung und ihren Erfolg zweckmäßig gesorgt werden soll. Ebenso fehlen alle greifbaren Angaben über Sicherheiten und Pfänder, sowie jede Bürgschaft für deren tatsächliche Gestaltung. Die deutschen Vorschläge stellen daher keinen organischen und vollständigen Plan dar, wie er unbedingt notwendig gewesen wäre, um zu einer auch nur grundsätzlichen Erörterung Anlaß zu geben. Da die italienische Regierung unter diesen Umständen feststellen muß, daß die deutschen Vorschläge keine wesentliche Aenderung der Lage herbeigeführt haben und obwohl sie in ihrer Erwartung getäuscht worden ist, wiederholt sie ihren Rat, daß sowohl im Interesse Deutschlands als auch im allgemeinen Interesse des Friedens und der europäischen Wirtschaft eine baldige neue Entscheidung der deutschen Regierung zu Vorschlägen führen möge, die durch ihren Inhalt und durch ihre Bestimmtheit geeignet erscheinen, von der ital. Regierung zusammen mit ihren Verbündeten mit Aussicht auf Erfolg einer Prüfung unterzogen zu werden. Genehmigen Sie usw.

## Frankreich ist befriedigt

Paris, 14. Mai. Die gesamte französische Morgenpresse bespricht die gestern an Berlin überreichte Note der englischen und italienischen Regierung und findet darin manches, was für die französische Politik für vorteilhaft erklärt wird. So sagt ein Minister einem Redakteur des „Echo de Paris“, die englische Note nehme Deutschland jede Illusion, denn es müsse die Vorschläge Bonar Law's als ein Minimum ansehen. Besonders glücklich sei man über die italienische Antwort, und zwar aus zwei Gründen: sie werfe die Frage der interalliierten Schulden auf und spreche von Pfändern und Garantien, die man von Deutschland verlangen müsse. Der französische und italienische Standpunkt seien also einander sehr nahe gerückt, wenn nicht identisch. — Das „Petit Journal“ schreibt: Das Wesentliche ist, daß man Berlin von der Gewissheit überzeugt hat, daß es kein grundlegendes Mißverständnis zwischen Paris und London gibt. Die Atmosphäre zwischen Paris und London ist besser geworden. Es scheint, daß jeder distrete, aber aktive Meinungsaustausch der letzten Tage einen Fortschritt erzielt hat. — Der „Gaulois“ schreibt: Die Einheit der alliierten Front ist wieder hergestellt.

## Französische „Not“ und Deutschlands „Wohlstand“

In den Reden der französischen Regierenden und in der Pariser Presse spielt die immer wiederkehrende Behauptung eine wichtige Rolle, Frankreich sei durch die Schuld Deutschlands in Not geraten, während Deutschland sich ein's unerhörten Wohlstands erfreue, wobei auf das Schicksal der — meist ausländischen — Schieber in den Großstädten hingewiesen wird.

Was ist nun aber die Wahrheit? Der Ausweis der Bank von Frankreich für das Jahr 1922 gibt einigen Aufschluß was es mit der „Not“ in Frankreich für eine Bewandnis hat. Der Bericht über die wirtschaftlichen Zustände in Frankreich im letzten Jahr führt an, daß im vergangenen Jahr allein 145 000 Hektar des Kriegsgebietes wieder unter Kultur genommen wurden, so daß der insoweit der Bearbeitung wiedergegebene Flächenraum nunmehr 75 v. H. der Vorkriegszeit erreicht hat. Es wird ferner gesagt, daß die Straßen und öffentlichen Gebäude fast vollständig wiederhergestellt wurden, und daß 85 v. H. der zerstörten industriellen Unternehmungen, die mehr als 10 Arbeiter beschäftigen, wieder in Betrieb sind und 475 000 Arbeitern Beschäftigung geben. In bezug auf den allgemeinen Wohlstand erfahren wir, daß die Einfuhr im Jahre 1922 von 35 Millionen auf 45 Millionen Tonnen stieg, daß auf der andern Seite die Ausfuhr sich von 14 Millionen auf 20 Millionen Tonnen erhöhte. Die Einfuhr besteht fast ausschließlich aus Rohmaterialien, die für die Industrie erforderlich sind. Der Zustand der Landwirtschaft ist durchaus befriedigend. Die Zahl der arbeitenden Hochöfen hat sich 1922 fast verdoppelt. Die Erzeugung an Roheisen überstieg diejenige des Vorjahres; statt 177 000 Tonnen wurden 400 000 Stahl hergestellt, die Webindustrie erhöhte die Anzahl ihrer Spindeln und Webstühle. Die Einnahmen der Eisenbahnen sind im Steigen.

Wie ist nun die Lage in dem angeblich lähmenden Deutschland? Der Manchester Guardian Commercial vom 5. April läßt sich von seinem Berliner Korrespondenten einen sachlichen Bericht schicken, dessen Folgerungen deutlich zeigen, daß unsere Lebenshaltung sich wesentlich verschlechtert hat. Der Verbrauch an Kohle ist von 2 268 Kilogramm im Jahr 1913 auf 2 142 Kilogramm im Jahr 1922 auf den Kopf der Bevölkerung gefallen, die Produktion von 3 116 Kilogramm auf 2 613. Die Förderung an Eisenerz ist je Kopf auf ein Sechstel gesunken und der Verbrauch im Vergleich zum Jahre 1913 auf knapp ein Drittel. Die Roh-eisenproduktion fiel von 286 Kilogramm auf den Kopf im Jahr 1913 auf 109 Kilogramm im Jahr 1921, der Verbrauch von 277 Kilogramm auf 119 Kilogramm. An Stelle des Ausfuhrüberschusses von 613 000 Tonnen im Jahr 1913 zeigte das Jahr 1921 einen Fehlbetrag von 286 000 Tonnen, der durch Einfuhr gedeckt werden mußte. Der Bericht weist auf die erstaunliche Tatsache hin, daß trotz des durch den Krieg hervorgerufenen vollkommenen Mangels an Baumwollwaren der deutsche Verbrauch an Baumwolle im Jahr 1922 nur vier Siebtel des Verbrauchs im Jahr 1913 auf den Kopf der Bevölkerung betragen hat. Der Verbrauch von Kaffee ist von 2,4 Kilogramm auf 0,6 auf den Kopf der Bevölkerung gefallen. Selbst der Verbrauch an Brot hat sich vermindert, und der Genuß des Fleisches beträgt nur noch die Hälfte des Vorkriegsstands. An Stelle des früheren großen Ausfuhrüberschusses an Zucker ist ein Einfuhrüberschuß getreten, und hier allein ist der Verbrauch der Heimat von 20 Kilogramm auf 21 Kilogramm auf den Kopf gestiegen. Diese Tatsache im Verein mit der erhöhten Kaffeeimportation deutet, wie der Berichtsteller sagt, auf einen erhöhten Bedarf an Süßigkeiten, der vollkommen richtig als eine bekannte Begleitererscheinung der Unterernährung gewertet wird.

## Deutscher Reichstag

Berlin, 13. Mai. In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde zunächst das deutsch-polnische Abkommen betreffend die Ueberleitung verschiedener Rechtsangelegenheiten im ostsüdwestlichen Abstinungsgebiet in allen drei Lesungen angenommen. Hierauf beginnt die dritte Lesung des Etats des Reichsministeriums des Innern, womit zwei Interpellationen der Deutschenationalen wegen der Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei und des Verbots aller Selbstschutzhilfsorganisationen verbunden werden. Abg. Graf Westarp (Deutschnat.) kritisiert die vorläufige Entscheidung des Staatsgerichtshofs in der Angelegenheit des Verbots der Freiheitspartei und betont, weder mit der Weimarer Verfassung noch mit dem Grundgedanken des demokratisch-parlamentarischen Regimes sei es vereinbar, wenn die parlamentarische Mehrheit ihre Macht benutzen wolle, um die Minderheit zu verbieten. Der Redner greift den preussischen Minister des Innern, Severing, wegen des Verbots der Freiheitspartei an und wirft ihm Parteilichkeit vor. Bezüglich der verbotenen Selbstschutzhilfsorganisationen erklärt der Redner, daß diese der berechtigten Notwehr gegen den Terror der Straße dienen. Das Recht dieser Notwehr würden sich jene Organisationen von dem Minister Severing nicht nehmen lassen. Schließlich fordert er die Reichsregierung

auf, von dem ihr zustehenden Aufsichtsrecht gegen Preußen energisch Gebrauch zu machen. Reichsminister des Innern Dr. Döberl erklärt, die Gründe für das Verbot der Freiheitspartei seien vom Staatsgerichtshof eingehend geprüft worden, so daß die Interpellation in diesem Fall ihre Entledigung gefunden habe, und bespricht die einzelnen Feststellungen des Staatsgerichtshofes. Bezüglich der Interpellation wegen des Verbots aller Selbstschutzhilfsorganisationen betont der Minister, daß es allein Aufgabe des Staates sei, die Freiheit der Versammlungen zu schützen, wozu übrigens das kürzlich verabschiedete Gesetz über den verstärkten Versammlungsschutz neue Handhaben biete. Abgeordneter Scheidemann dankt dem preussischen Innenminister Severing für sein energisches Zugreifen. Abgeordneter Dr. Marekly (Deutsche Vp.) erklärt, der politisch zusammengelegte Staatsgerichtshof widerspreche dem elementarsten Wesen eines Rechtsstaates. Minister Severing sei nicht unparteiisch vorgegangen, denn unter seinen Augen trieben die Kommunisten ihr Unwesen. Bei der furchtbaren Lage Deutschlands sei das Bestehen nationaler Verbände eine Notwendigkeit. Abgeordneter von Hennning (Deutschvölk.) polemisiert gegen den Abgeordneten Scheidemann und betont ferner, daß nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofs jede politische Partei verboten werden könne, womit der Weg zur Diktatur geöffnet sei. Nach persönlichen Bemerkungen des Abg. Scheidemann (Soz.) wird die Weiterberatung auf Montag nachmittag 2 Uhr vertagt.

Berlin, 14. Mai.

Die 3. Lesung des Haushaltsplanes in Verbindung mit den deutschnationalen Interpellationen über die Auflösung der Deutschvölkischen Freiheitspartei wurde am Montag fortgesetzt.

Abg. Guericke (Centr.) bedauert, daß es nicht möglich war, in diesen Zeiten die Besprechung dieser Angelegenheit zu verhindern. (Beifall in der Mitte.) Die Regierung befindet sich vor den allerschwersten Entscheidungen. Diese müssen getragen sein von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. (Beifall.) Die Deutschvölkischen und die Nationalsozialisten seien gleich gefährlich. Die Selbstschutzhilfsorganisationen der Arbeiter in Sachsen und Thüringen seien nur Teile einer roten Armee. Nur der Staat habe für Ordnung und Sicherheit zu sorgen.

Abg. Koch-Weser (Dem.): Dem Staat müssen alle Nahrungsmittel in die Hand gegeben werden, die er in dem schweren Kampf gegen rechts und links brauche. Der Redner warnt davor, die Jugend nur wegen ihrer Gesinnung zu verfolgen. Wäre die bayerische Regierung früher energisch eingeschritten, so wäre manche Erregung erspart geblieben. Der Redner appelliert an das Volk, in dieser Stunde von dem Parteikampf abzulassen. Der Feind stehe nicht rechts und links, sondern vor den Toren und innerhalb den Grenzen des Reiches.

Abg. Kemmerle (Komm.) behauptet, die gesamten bürgerlichen Parteien seien schamlos durchseucht, das habe sich besonders im preussischen Landtag gezeigt. Der Redner fordert die Auflösung der bayerischen nationalsozialistischen Arbeiterpartei und ihrer Sturmtrupps.

Abg. v. Graefe (D.Völk.) hält der Regierung vor, sie sei genau darüber unterrichtet gewesen, daß die deutschvölkischen Organisationen durchaus legaler Natur seien. Es sei unerhörte, daß die Regierung trotzdem schweige und es zulasse, daß zahlreiche nationale deutsche Männer im Gefängnis schmachten müssen. Diese Justiz sei ein mittelalterlicher Unfug.

Justizminister Dr. Heineke weist die Vorwürfe gegen die Reichsjustizverwaltung auf das entschiedenste zurück. Es sei ein Strafverfahren eingeleitet gegen gewisse Leute, die beschuldigt sind, schwere Vergehen begangen zu haben. Dieses Verfahren schwebe.

Innenminister Esler bekräftigt, daß die Reichsregierung über die deutschvölkischen Pläne unterrichtet worden sei. Ihr sei nur berichtet worden, daß Nothbach in einer Offiziersversammlung sich gegen die Auflösung der nationalen Vereine ausgesprochen und mit einem Kampf gegen die linksgerichteten Organisationen gedroht habe. Dem Reichskanzler sei das mitgeteilt worden. In Preußen sei durch das Vorgehen Seberings Beunruhigung eingetreten. Auch Sachsen und Thüringen seien bereit, ihre Hundertschaften aufzulösen, wenn die bayerische Gefahr aufhöre.

Ein Antrag Seberings, dem Abg. v. Graefe sofort das Wort zu geben, damit er mitteilen könne, was

mit dem Reichskanzler verabredet worden sei, wurde angenommen.

Abg. v. Graefe (D.Völk.) erklärte darauf, daß er der Reichsregierung ganz reinen Wein darüber eingegossen habe, daß seine Partei nur legale Zwecke verfolge.

Abg. Henke (Soz.) forderte die Regierung auf, endlich zu erklären, was sie mit der Freiheitspartei besprochen habe, sonst müsse das Kabinett Cuno jedes Vertrauen verlieren.

Innenminister Esler teilte mit, daß er vom Reichskanzler ermächtigt worden sei, mitzuteilen, daß dieser nur einmal mit Nothbach, dessen Namen und Art er bisher nicht kannte, über die Erziehung der Jugend gesprochen habe. Nachdem er dann nähere Erkundigungen eingezogen hatte, habe er ihn nicht mehr empfangen.

Die Aussprache fand mit einem Schlusswort des Abg. Severing (D.nat.) ihr Ende. Am Dienstag Fortsetzung.

## Neue Nachrichten

Dr. Cuno an der Ruhrgränze

Berlin, 14. Mai. Die „Montagspost“ meldet aus Münster, daß Reichskanzler Dr. Cuno in Begleitung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns in Münster eingetroffen ist, um mit Vertretern des Wirtschaftslebens aus dem Einbruchgebiet in persönliche Fühlung zu treten.

Vertreibung der Frau Krupp

Berlin, 14. Mai. Nach der „Vossischen Zeitung“ soll gestern zu Frau Berta Krupp der Befehl zur Räumung der Villa „Hügel“ binnen vier Tagen ergangen sein. (In einem Teil des Hauses Krupp wohnt schon längere Zeit ein französischer General, sollte ihm die Wohnung zu eng geworden sein?)

Poincaré läßt nicht locker

Paris, 14. Mai. In Commercy enthüllte gestern Poincaré ein Kriegerdenkmal. Er hielt dabei eine Rede, in der er aus der Geschichte nachzuweisen versuchte, daß der Krieg für Deutschland ein „nationales Gewerbe“ sei. Er erklärte weiter, Frankreich stehe einem Deutschland gegenüber, das nicht abrüste (!) und von dem es schließlich beschuldigt werde, es rüste gegen die Deutschen, einem Deutschland gegenüber, das den Franzosen gegenüber eine Ehrenschuld kontrahiert habe, aber sie nicht bezahle, einem Deutschland, dessen Braut die Franzosen beschließen, einem Deutschland, das Frankreich an der Ruhr des in seiner Einbildung bestehende aggressive (!) Verhalten zuschreibe usw. usw. Wir sind, sagte Poincaré, im Ruhrgebiet. Solange Deutschland nicht bezahlt hat, werden wir nicht herausgehen.

Die Lage im Ruhrgebiet

Essen, 14. Mai. Uns wird aus gutunterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets berichtet: Die jetzige Lage im Ruhrgebiet wird gekennzeichnet durch die Veruche der Franzosen, mit militärisch-politischen Mitteln um jeden Preis einen Umschwung in der Stimmung der Bevölkerung herbeizuführen. Diesem Zweck diene das Werbener Kriegsgeschichtsurteil im Krupp-Prozess, ebenso wie die zahlreichen unerhörten Kriegsgeschichtsurteile der letzten Tage. Es ist kein Zufall, daß in der letzten Woche zum erstenmal ein Todesurteil ausgesprochen wurde. Seitens des französischen Pressedirektes in Düsseldorf wurde in den letzten Tagen wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß die französische Hand an der deutschen Burgel sich bis zum äußersten verschärfen würde. Von derselben Stelle wurde auch zugegeben, daß es angeht, der gegenwärtigen politischen Lage nicht mehr darauf ankomme, das Ruhrgebiet wirtschaftlich für die französischen Interessen ruhbar zu machen. Die letzten Ordnungen Degouttes verfolgten deshalb auch weniger wirtschaftliche Ziele, sondern sie sind politischen Ursprungs. Das gilt insbesondere von der Verordnung Nr. 38, die sich insbesondere mit der Verordnung 167 der Rheinlandskommission deckt und die für das Gebiet des Brückentopfs Düsseldorf und für das Einbruchgebiet den Passwang einführen will. Dagegen die Verordnung vom 8. Mai datiert ist, wurde sie erst am Sonntag mittag von französischer Seite in Essen angeschlagen. Soweit die Verordnung bisher im Ruhrgebiet bekannt wurde, hat sie den Zweck der Einschüchterung nicht erreicht, sondern nur neue Erbitterung gegen die französische Willkür hervorgerufen. Im Ruhrgebiet ist man zu jedem Opfer bereit in der Erkenntnis, daß durch die ungebrochene Fortführung des passiven Widerstands der jetzige Zustand völliger Rechtslosigkeit und systematischer Bedrückung erfolgreich überwunden werden kann.

## Blaubart.

58) Roman von Marianne Lewis.

Wie verwandelt erschien der Bräutigam! Straff und aufrecht schritt er bereits in der schlichten grauen Felduniform einher. Die etwas vornübergebeugte Haltung des modernen jungen Mannes war verschwunden, der hochmütig blasierte Ausdruck von den Lippen fortgewischt. Der da rauh und schlank mit leuchtenden Augen und lebensfrohem entschlossenen Gesicht unter seine erstaunte Familie und vor seine stolze Braut trat, war der einfache, kernste deutsche Soldat und nicht eine schlotttrige Engländerkopie.

Der Vater selbst gab als Standesbeamter die Kinder zusammen. Er tat es mit heiterer Ruhe. Und die kleine Ansprache, welche ihm seine Würde auferlegte, kam sehr herzlich, vaterländisch gewürzt und ohne jede gefühlstretende Beigabe heraus.

Gleich danach wurde in mehreren Wagen zu der kleinen Pfarrkirche aufgebrosen. Der einzige Gast, ein Freund und Kamerad Philipps, betätigte sich als Trauzeuge und Brautführer von Frieda. Für das kleine Hochzeitsmahl in Kemmern sollte sich das Pastorenhepaar anschließen.

Uttmann führte Lina, der Rat Thea. Ebert und Flock hatten fernbleiben müssen, was ihnen vielleicht nicht unlieb war.

Kinder und Frauen der Kemmernschen Dienstleute und Tagelöhner hatten unter Anleitung der Pastorin das bescheidene Gotteshaus überreich mit den buntesten Sommerblumen und ernstern Laubkränzen geschmückt. So bildete der enge Raum einen anmutigen Rahmen für die Feierlichkeit.

Die kleine Kirche war fast bis zum Versen ihrer Feldsteinwände gefüllt. Viele einfache Leute, doch auch einige Kemmernsche und Raderwalder Watsnachbarn, die recht-

zeitig von der bevorstehenden Trauung erfuhren, waren gekommen.

Den alten Pfarrer hatte das so plötzlich hereinbrechende Ereignis aus der ganzen Ruhe des langvertrauten „Handwerks“ geküchelt. Im Kampfe zwischen Trauer und Stolz über die Einberufung von Familien- und Gemeindegliedern war ihm das gewohnte Gleichgewicht so ziemlich verloren gegangen.

Seine Verwirrung stammte auch zum Teil daher, daß er mit seiner Rede, die doch ungewöhnlich schön und ergreifend ausfallen mußte, knapp im reinen war.

Die Kemmernschen hatten oft heimlich über ihres Seelenhirten störende Sprechweise, die immer wiederkehrenden, aber mit Salbung vorgetragenen Gemeinplätze in seinen Predigten, das kümmerliche Orgelspiel des Schulmeisters, den mehr gut gemeinten als wohlklingenden Chor- und Gemeindegesang gelächelt.

Heute erklärten ihnen das alles heilig und herzerschütternd. Es waren die allgewohnten Worte und Klänge; die beweglichen, ehrwürdigen Laute der Heimat — der Heimat, die auf dem todernsten Spiele stand.

Der Heimat, in die jede Stunde stürmende Rosaken einbrechen und das Kirchlein, die friedlichen Wohnstätten, Ställe und Scheunen in Asche legen konnten.

Auch hier vollzog sich, weil der Verlust drohte, eine Räuterung und Vertiefung der Gefühle.

Der Anblick des jungen Paares trug dazu bei, innige Empfindungen zu erregen.

Die da in den Bänken saßen kannten diese beiden ja seit deren frühesten Kindheit: den Erbsohn aus dem reichen Kemmern, der wo ihne: fast allen Arbeit, Gebelien, Hilfe in Not, sonst noch mancherlei Gutes kam. Und diese schöne Donata, das Kind, das mit drei Müttern doch eigentlich stets mutterlos gewesen war; die Tochter des gütigen und in seinen Ehen so vom Unglück verfolgten Rode-

walders, der jedem seiner Leute der freundlichste und nachsichtigste Herr war; der gab und half, wo er irgend konnte, obwohl jeder wußte, daß er sich selber in durchaus nicht glänzender Lage befand.

Und es war aus dem die erste Kriegstraunung, der sie bewohnten. Zum erstenmal sahen sie eine Braut, die vermählten, die den jungen Gatten zugleich wieder einem unsicheren, ja gefahrdrohenden Geschick überliefern sollte.

Da stand Philipp, über den sie sich seiner ungewohnten Außerlichkeiten halber stets heimlich etwas lustig gemacht hatten, ernst, stattlich; im deutschen Waffenkleide ein ganzer Mann!

Neben ihm zart und fein Donata in ganz schlichtem weitem Brautgewande und dem wallenden Schleier, das dunkle Haupt mit der Witze geziert, aber ohne jeden kostbaren Schmuck tränenlos zur äußersten Höhe ihres Gesichtens emporgehoben. Mit dem überirdisch leuchtenden Blick, den blauen Augen ihres Vaters in dem tiefen, vom Gefühlslüberflange durchgeglitzten Gesicht glückte sie nun in Wahrheit einer jungen Heiligen.

All den Kemmernschen Frauen, auch Thea, zogen sich die Tränen nur als ein feuchter Klang über die Augen, peckten jedoch nicht als Tropfen von den Wimpern.

Unter den Dorfleuten aber wurde geschluchzt: von den Müttern, die ihre Söhne, den Frauen, die ihre Gatten hergeben mußten; den Schwestern und Bräuten.

Als die Neudermählung die Kirche verließen, drängten sich viele der Leute, besonders die Polinnen, herzu, um der jungen Herrschaft glückwünschend Hände, Kermel oder Schleier zu küssen.

(Fortsetzung folgt.)

## Polen sucht Konfliktstoff mit Danzig

Danzig, 13. Mai. Ganz wider Erwarten sind die polnisch-danziger Wirtschaftsverhandlungen, die am Montag in Warschau wieder aufgenommen wurden, durch Bruch von seiten Polens abgebrochen worden. Man war in den dreitägigen Verhandlungen in verschiedenen wichtigen Punkten bereit zu einer erheblichen Annäherung gekommen. Von Danziger Seite aus hatte man namentlich bei der Frage des Warenverkehrs, wo es sich um eine verstärkte Kontrolle handelt, und bezüglich der Außenhandelsstellen sich zu weiteren Konzessionen bereit erklärt. Die Danziger Delegation hatte überhaupt alles getan, um den Weg der Verständigung zu suchen, und derselbe Wille war von polnischer Seite geäußert worden. Um so größer war die Ueberraschung, als die Polen am Mittwoch nachmittag die Verhandlungen abbrechen mit Berufung auf ein Telegramm des polnischen Generalkommissariats in Danzig, wonach die Danziger Polizei ein zur Unterbringung der polnischen Handelsakademie bestimmtes Gebäude gewaltsam besetzt hatte, weshalb es unmöglich sei, weiter zu verhandeln. Infolgedessen seien, wie den Danziger Delegierten schriftlich mitgeteilt wurde, die Verhandlungen bis auf weiteres verschoben.

Dieses Vorgehen Polens ist offenbar das Produkt der überreizten Stimmung, die in der letzten Zeit gegen Danzig immer mehr Platz gegriffen hat und eine richtige Auffassung der Sachlage verhindert. Bei der Besetzung des Gebäudes, wozu die Polen einen feindseligen Akt erblickten, handelt es sich um eine ganz gewöhnliche Wohnungsangelegenheit, wobei von dem Wohnungsamt einem Danziger Bürger eine Etage zugewiesen wurde.

## Württemberg

### Landwirtschaftliche Woche 1923

In die Zeit der Landwirtschaftlichen Woche (16—21. Mai) fällt am 17. Mai die Hauptversammlung des Landw. Hauptverbands; ebenso halten eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Spezialverbänden ihre Sonderzusammenkünfte ab. Die Landw. Woche mit Ausstellung wird am 16. Mai, vorm. 11 Uhr, durch den Präsidenten des Landw. Hauptverbands, Herrn Schultzeiß a. D. Kranz-Altheim b. Niedlingen, eröffnet werden. Im Lauf der Landw. Woche werden u. a. als Redner auftreten: am 17. Mai Prof. Dr. Dade-Berlin, der über das Thema: „Die wirtschaftlichen Forderungen der Landwirte zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe und zur Sicherstellung der Volksernährung“ sprechen wird; am 20. Mai spricht Dr. Kranz-Bad Raachheim über „Was lehren die Ausstellungsbilder des Reformbunds der Gutsböfe für die Beurteilung unserer Wirtschaftslage?“, am 21. Mai Freiherr von Freyberg-Allmendingen über den Vertrag von Versailles; Prof. Dr. Vilas-Weihenstephan spricht am gleichen Tag über Düngerverfahren und Prof. Dr. Enoch Zander-Erlangen spricht ebenfalls am Pfingstmontag über die wissenschaftlichen Grundlagen der Bienenzucht. Der Betrieb des Schlacht- und Viehhofs steht während der Landw. Woche zur Besichtigung am 20. und 21. Mai werden jeweils nachmittags die Polizeihunde der württ. Polizeidirektion Stuttgart vorgeführt. Damit eng verbunden ist die

### Landwirtschaftliche Ausstellung.

Die Landwirtschaftliche Ausstellung 1923 (Erste Süddeutsche Landmaschinenmesse) wird am Dienstag, den 15. Mai, nachmittags 1 Uhr, eröffnet und ist vom 16. Mai ab den ganzen Tag über jedem Besucher zugänglich. Die Ausstellung befindet sich im Schlacht- und Viehhof der Stadt Stuttgart in Gaisburg. Alle großen freien Plätze des Schlacht- und Viehhofs sind belegt, ebenso wie die Mehrzahl der vorhandenen Betriebsgebäude. Zur Ausstellung kommen sowohl eine Fülle von Gegenständen, die für den landwirtschaftlichen Betrieb gebraucht werden, als auch Erzeugnisse, die unsere württembergische Landwirtschaft hervorbringt. Zum Teil wird auch der Erzeugungsvorgang anschaulich dargestellt. Die Stuttgarter Straßenbahnen stellen sich zum Zu- und Abtransport in dankenswerter Weise zur Verfügung. Die Abortslinien 25 und 26 fahren während der Landwirtschaftlichen Woche ausnahmsweise am Hauptbahnhof vorbei. Für die in Cannstatt aussteigenden ländlichen Besucher werden am Bahnhof Cannstatt Fahrgelegenheiten bereit stehen und wer von Ulm herkommt und in Ulm heim aussteigen will, den bringt die Linie 25 direkt zum Schlachthof.

Stuttgart, 14. Mai. Die Besetzung der Professur für neutestamentliche Wissenschaft an der evangelisch-theologischen Fakultät in Tübingen. Der „Staatsanzeiger“ veröffentlicht nunmehr die Ernennung des Professors D. Heitmüller in Bonn auf die Professur für neutestamentliche Wissenschaft an der evangelisch-theologischen Fakultät und bemerkt dazu u. a.: Nachdem Professor D. Schtatter auf 1. Oktober 1922 auf Grund des Gesetzes über die Amtspflichtenhebung der Hochschulprofessoren vom 31. Mai 1922 von seinen Amtspflichten entbunden worden war — nach den Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz behält der emeritierte Professor das Recht, Vorlesungen und Übungen abzuhalten —, hat die evang.-theol. Fakultät einstimmig den Professor D. Heitmüller in Bonn in erster Linie als Nachfolger vorgeschlagen. Der Senat hat sich diesem Vorschlag angeschlossen und zwar gleichfalls einstimmig. Das Evang. Konsistorium, dem übungsgemäß die Anträge der Fakultät und des Senats zur Aeußerung von seinem Standpunkt mitgeteilt worden sind, hat sich unter Bezeichnung auf die Verhältnisse der Kirche, die bei der Errichtung der neuere zur Neubesezung kommenden Stelle vorgelegten hätten und auch heute Beachtung verdienen, gegen die Besetzung des Professors Heitmüller ausgesprochen. Nachdem vom Konsistorium die vom Evang. Konsistorium gegen die Berufung Heitmüllers geltend gemachten Bedenken der evang.-theol. Fakultät und dem Senat der Universität im Postlauf mitgeteilt worden waren, haben diese eingehend hierzu Stellung genommen und einstimmig — auch die Fakultät wiederum einstimmig — an der Berufung des von ihnen in erster Linie vorgeschlagenen festgehalten. Das Konsistorium hat sich dem Antrag der Fakultät und des Senats angeschlossen.

Stuttgart, 14. Mai. Schwimmlehrgang. Aus Anlaß der Einführung des Schwimmunterrichts in den Stuttgarter Schulen fand in den letzten Wochen ein Lehrgang für Lehrerinnen und Lehrer durch die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft statt, der sehr erfolgreich verlief. Den Abschluß bildete ein Führertag des Gau's Württemberg des Deutschen Schwimmverbands am vergangenen Sonntag, bei dem Reallehrer Gluder über natürliche Atemschulung und Gau-Schwimmwart Kühn-Münzberg über Schwimmen als Volkssport und Rettungsschwimmen sprachen. Der Lehrgang und die Tagung waren zahlreich besucht.

Heilbronn, 14. Mai. Zum Beispiel. Sechs Wochen Gefängnis für mutwilligen Generalalarm erhielt vom Schöffengericht der 15jährige Kaufmannslehrling Hermann Deringer von Heilbronn. Er hat vor einigen Wochen mutwillig die Weckerlinie alarmiert. Nur die Jugend des Täters schützte ihn vor höherer Strafe für die Kosten des unnötigen Ausrückens der Weckerlinie — etwa 40 000 M. — hat der Beurteilte gleichfalls aufzukommen. Möge das Urteil abschreckend für alle Hausbuben wirken, die in ihrem Uebermut auf den Gedanken kommen sollen, mutwillig und grundlos die Feuerwehr zu alarmieren.

Honau, 14. Mai. Eine gefährliche Stelle. Zwei Personen, ein Herr und eine Dame aus Stuttgart, stürzten in der Nähe des alten Lichtensteins ab. Der Herr trug leichtere Verletzungen davon, während das Fräulein schwer verletzt wurde und mit dem Sanitätsauto nach Reutlingen ins Bezirkskrankenhaus übergeführt werden mußte.

Vom Oberland, 14. Mai. Hülfelinder. Feuer kamen etwa 150 Hülfelinder aus Oesterreich nach Schwaben, wo sie an bekannten Dienstplätzen den Sommer hindurch bleiben und als Hirten und Gehilfen in der Landwirtschaft tätig sind. Die einzelnen Talschaften, wie z. B. der Bregenzerwald, haben verhältnismäßig wenig Kinder geschick. Das Hauptkontingent lieferten die Industriorte. Es kann ohne Uebertreibung behauptet werden, daß die Kinder durchschnittlich recht gute Plüße erhielten. Die Nachfrage nach guten und braven Kindern war lebhaft.

Degerloch, 14. Mai. Vermißt. Seit Montag, 7. Mai, abends 6 Uhr, wird der 15 Jahre alte Sohn Hugo des Schreinermeisters August Krämer vermißt. Die Eltern bitten um sachdienliche Mitteilungen.

## Allerlei

Reichstafel für Schriftleiter. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Dresden ist nach ständigen Verhandlungen ein Reichstafel für die deutsche Presse zustandekommen, vorbehaltlich einer Urabstimmung unter den Verlegern und der Zustimmung der Hauptversammlung des Reichsverbands der deutschen Presse.

Rückgang des Moralunterrichts. Aus Leipzig wird ein bemerkenswerter Rückgang des Moralunterrichts gemeldet. Während in den dortigen Volksschulen i. J. 1920 fast die Hälfte aller neu ein tretenden Kinder zum Moralunterricht angemeldet wurden, geschah dies an Ostern dieses Jahres nur mit 28 v. H. (1396 unter 4963), während zum Religionsunterricht 66 v. H. gemeldet wurden; für die letzten 6 v. H. ist noch nichts bestimmt. In ganz Sachsen sind von 720 174 Volksschülern 95 945, noch nicht 14 v. H., vom Religionsunterricht abgemeldet.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Chemnitz teilt mit, daß die Verwaltungsausgaben der Kasse, die von einem Berichtsjahr mit 163,3 Millionen Mark berechnet werden, nur rund 55 Millionen, die auf persönliche und sächliche sich verteilen, betragen. Weiter sind in dem sogenannten Ueberfluß nicht mit enthalten die Rücklagen zum Reservefonds mit rund 21 Millionen, die Aufwendungen für Sonderleistungen und Wegegebühren der Ärzte, das Honorar für Zahnärzte und Zahnkünstler, sowie der Aufwand für Zahnkranke usw., ferner die Kosten für die größeren und kleineren Heilmittel, wie Brillen, Bruchbänder, Leibbinden, Spülkannen usw. und die erheblichen Kosten für medizinische Bäder, Höhenjonnens-Beleuchtungen, Durchleuchtungen, Röntgen usw.

Dreimarkstück-Börse am Münchener Karlsplatz. Aus München wird uns berichtet: Schon am Dienstag nachmittags standen diese Gruppen vor einem Hotel am Karlsplatz, wo der Mann, den man sollte, der nach einem Zeitungsmerat 25 000 Mark für Aluminium-Dreimarkstücke zahlte, die den Prägestempel 11. August 1922 trugen. Der Dreimarkstück-Käufer wohnte aber gar nicht im Hotel, dafür stand am Mittwoch früh gegenüber dem Hotel beim Riosk ein anderer Mann, der neu schimmernde Aluminium-Dreimarkstücke verkaufte, die Münze zu 25 Mark, nach anderen Aussagen zu 250 Mark, die dann gleich — so erzählte man weiter — um 1000 und 2000 Mark an die vom Börsenspieler gepackten Umstehenden weiterverkauft wurden. Da hörte man jemand sagen: „Pass'n S' auf, jetzt werd a zwitzi!“ Ein Mann schob sich durch die Menge bis zu dem Verkäufer, zeigte diesem eine Legitimation, ein Schutzmann in Uniform trat von der anderen Seite heran, und das Dreimark-Börsengeschäft, das sich so schön in einer starken Haufe aufwärts entwickelte, fand jähen Abbruch.

Beendeter Streik. Der Streik im Brauergewerbe ist beendet, nachdem die Verhandlungen zu einer Einigung geführt haben. Die Arbeit ist heute wieder aufgenommen worden.

Das verkannte Ofenrohr. Ein Koburger Jagdpächter, der die Absicht hatte, sich in seinem im Unterfränkischen liegenden Jagdgebiet wohnlich einzurichten, fuhr mit einem hochbedeckten Wagen, auf dem sich auch ein Ofenrohr befand, nach Hause. Das Ganze war mit einer Plane überdeckt, nur hinten schaute das Ofenrohr, einem Kanonenlauf ähnlich heraus. Borne sah zufällig ein Mann mit Militärnähe und -mantel, rückwärts der Jagdpächter mit seiner Jagdklinke, sodas die Einwohner den Wagen für eine sehr verdächtige Waffenverchiebung hielten. Aus drei Bezirken zugleich wurde dies dem Bezirksinspektor schleunigst telephoniert, aber der Mann des Gesetzes konnte sich zur Beruhigung der aufgeregten Gemüter sehr bald von der Gefährlosigkeit der vermeintlichen Kanone überzeugen.

Räuber und Mörder aus sportlichem Ehrgeiz. Ein Verbrechertyp ungewöhnlicher Art ist ein gewisser Louis Dyan, der sich als Führer einer Räuberbande in Lyon eine fragwürdige Berühmtheit verschafft hat. Er hatte erst kürzlich einen Postbeamten überfallen, ihm eine Geldtasche von 150 000 Franken geraubt und den Träger, der sich zur Wehr setzte, schwer verletzt. Der Mann hatte es dabei gar nicht nötig; denn er ist ein vielfacher Millionär, der kaum die Zinsen seines Vermögens verzehren kann. Bei seinem jüngsten Uebereifall wurde er von der Polizei ergriffen, und als man ihn nach den Beweggründen seiner Tat fragte, erklärte er mit göttlicher Ruhe, daß er aus rein sportlichem Vergnügen raube und morde.

Die Sommerfrische auf Schienen. Einem glücklichen Einfall haben es die mit Glücksgütern nicht gerade gesegneten Frauen von Neuporf zu danken, daß ihnen heute die Möglichkeit geboten ist, sich im Sommer im Freien erholen zu können. Angesichts der unerschwinglich hohen Preise, die in den Sommerfrischen gefordert werden, war es ihnen bisher kaum möglich, dem Glutofen Neuporfs entzinnen zu können. Ein Teil hatte es zwar versucht, sich als Vorleserinnen, Kaffierinnen, ja selbst als Dienstmädchen während des Sommers auf dem Lande eine Stellung zu suchen, die ihnen Erholung in frischer Luft gestattete. Aber hier handelte es sich

doch immer nur um eine Zufallsmöglichkeit. Jetzt hat die Liga der arbeitenden Frauen einen Ausweg gefunden, der das Problem in einfacher Weise löst. Man hat für billiges Geld eine große Anzahl von ausrangierten Eisenbahnwagen erworben, die zu schmucken Landhäuschen umgewandelt, nach Felschen ihren Standort wechseln können. So ist jetzt 2 1/2 Stunden von Neuporf entfernt, eine Waggonstadt entstanden, die ihren Inassen einen behaglichen Aufenthalt bietet und ihnen gestattet, sich in Wald und Flur zu erholen.

## Letzte Nachrichten.

### Die Revision im Krupp-Prozess.

Düsseldorf, 14. Mai. Die Revisionsverhandlung im Krupp-Prozess soll am nächsten Freitag stattfinden und zwar in Düsseldorf. Mit welcher Leichtfertigkeit das französische Kriegsgericht in Werden seinen Spruch fällte, geht übrigens auch aus einem Aufsehen erregenden Artikel Jouvelet's im „Deuvre“ hervor. Der französische Jurist stellt darin fest, daß weder das französische Zivilgericht noch das Militärstrafrecht Gefängnisstrafen über fünf Jahre kennt.

### Kohlenraub der Franzosen.

Mannheim, 14. Mai. Die Franzosen haben am Montag morgen im Hafen von Rheingau die Bricketfabrik von Stinnes sowie die Braunkohlenbricketfabrik besetzt und den Arbeitern den Eintritt in die Fabriken verweigert. Gleichzeitig haben sie 30 elsässische Arbeiter beigebracht, um die Bricketts auf ein im Hafen liegendes Schiff zu verladen.

### Der Eindruck der Noten in Berlin.

Berlin, 14. Mai. Der Haupteindruck der Noten in Berliner Regierungskreisen ist unbedingt negativ, wenn man auch darüber nicht enttäuscht sein kann, wie die Noten ausgefallen sind. Man vermißt insbesondere in den Noten das Eingehen auf den deutschen Generalsvorschlag mit der Schaffung einer internationalen wirtschaftlichen Sachverständigenkommission und das Eingehen auf die von Deutschland angebotenen politischen Sicherungen. Am allermeisten aber bedauert man das absolute Stillschweigen gegenüber der deutschen Not an der Ruhr. Die beiden Noten werden also dem Gesamteindruck der deutschen Vorschläge nicht gerecht. Die Ankündigung in der französischen Presse über eine Uebereinkunft zwischen London und Paris hat sich also bewahrheitet. Welche deutschen Vorschläge England als widerprüchlos empfindet, ist durchaus unklar, zumal unser Zahlungsangebot keine Frage des Willens, sondern eine Frage der Auffassung über unsere tatsächliche Leistungsfähigkeit nach genauer Selbstprüfung darstellt. Die negative Fassung der beiden Noten erschwert natürlich jede Besserung in kürzester Frist. Trotzdem wird die Regierung mit größter Sorgfalt und allem Ernst die beiden Noten prüfen, ohne allerdings zu verkennen, daß die Aussichten keineswegs ermunternd sind.

Reichskanzler Dr. Cuno war in Münster i. W. Er wollte am Montag vormittag wieder in Berlin eintreffen, hat aber offenbar die Verbindung nicht erreicht, so daß er vor Montag mittag nicht zurück sein konnte. Die erste Kabinettsitzung findet am Montag abend statt. Infolgedessen ist man an amtlichen Stellen in dem Urteil über die beiden Noten außerordentlich zurückhaltend. Immerhin darf wohl doch gesagt werden, daß die amtliche deutsche Politik eine derartige Ablehnung ihrer Vorschläge von England nicht erwartet hatte. Das Auswärtige Amt kam vorläufig zu dem Ergebnis, daß die englische Note keine Erleichterung, sondern eher einen Rückschlag bedeute. Es ist anzunehmen, daß die Reichsregierung sich 2 oder 3 Tage Zeit läßt, um sich über ihre weiteren Absichten klar zu werden.

### Um die Entkaufung der Reichsbahn.

Berlin, 14. Mai. Die „Berliner Börsenzeitung“ meldet, daß die gegenwärtigen Besprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern der Privatrechtlichen Umgestaltung der Reichsbahn in eine Fachgesellschaft galten. Offenbar hängen die Verhandlungen mit der Frage von Garantien für Reparationsleistungen zusammen.

### Kohlenbeschlagnahme durch die Rheinlandkommission.

Paris, 14. Mai. Die Rheinlandkommission hat die Beschlagnahme sämtlicher Vorräte an Koks- oder Kohlennebenenerzeugnissen angeordnet, die in den besetzten Gebieten von den Bergwerksleitungen oder von den Pechen angeschlossenen Werken angelegt worden sind. Der Bevölkerung wird ferner verboten, Industriekoks als Hausbrand zu verwenden. Die Versorgung der Bevölkerung mit Gasokos soll gesichert werden. Zuwiderhandlungen werden streng bestraft.

## Sport

### Fußball

Die Bortunde um die deutsche Fußballmeisterschaft sah die Spielvereinigung Fürth und den Hamburger Sportverein als Sieger, die an Pfingsten nunmehr um die Ehre des Deutschen Meisters kämpfen werden. — Das Ländercup Deutschland gegen Holland endete 0:0. Weitere Ergebnisse: Stuttgarter Turn- und Sportfreunde gegen Rhönig Karlsruhe 2:1. — K.F.B. gegen S.F.B. Karlsruhe 6:1. — F.R.A. Mannheim gegen Waldhof 3:0. — Städtepiel Zürich — Berlin 1:3, am Himmelfahrtstag verloren die Berliner in Basel 2:1. — F.C. St. Gallen — 1. F.C. Forstheim 1:1, F.C. Basel — 1. F.C. Forstheim 3:1. — Die Stuttgarter Kickers gewannen in Dänemark gegen den jütländischen Meister Aarhus 5:2 und im 2. Spiel 7:1.

### Turnen

Kreismeisterschaften des 11. Turnkreises Schwaben. Unter großer Beteiligung wurden am Sonntag und Sonntag in Feuerbach die Kreismeisterschaften ausgetragen sowie die Ausscheldungskämpfe und das Probeturnen für das deutsche Turnfest in München. Eine sehr starke Befehung brachte spannende Kämpfe. Die hauptsächlichsten Preisträger sind:

### Kreismeisterschaften

Turner: Jahnkamp; Karl Schumacher, Turngel. Stuttgart, 903 Punkte; 100 Mtr.-Lauf; Rehner, Ede. Trassingen, 11.1 Sek.; 200 Mtr.-Lauf; Steiger, M.V. Niederich, 25 Sek.; 400 Mtr.-Lauf; Berner, Ede. Ehlingen, 50 Sek.; 500 Mtr.-Lauf; Hauch, Groß-Eisingen, 2:13 Min.; 1500 Mtr.-Lauf; Vöhringer, Ede. Öppingen, 4:38 Min.; 5000 Mtr.-Lauf; Bachmaier, TuSp.V. Kochendorf, 17:4 Min.; Weisprung; Reel, F.V. Nebringen, 6:27 Mtr.; Stadtschwarz; Schlenz, Jüssenhausen, 3 Mtr.; Angelhofen; Schairer, Ebingen, 11:08 Mtr. Steinhöfen; Klein, Ede.

Heilbronn, 340 Mr.; Dinkelsbühl: Pfaffen, Neudorf, 44 Mr.; Speyer: W. Sippel, 57; Jüssenhausen, 44 Mr.; Schleierbühl: W. Sippel, 57; Jüssenhausen, 44 Mr.; Schlogballweier: Klau, Ege, Heilbronn, 78,98 Mr.; Amal 100 Mr.-Stapel: Ege, Göttingen, 48,4 Sek.; 10mal 100 Mr.-Stapel: Turngesellschaft Stuttgart, 2,035 Mr.; Amal 100 Mr.-Stapel: Turngesellschaft Stuttgart, 2,035 Mr.; Diemo. Stapel: W. Riederich, 2,59 Mr.

Turnerinnen: 100 Meter-Lauf: Maria Hill, Ege, Lötzingen, 13,4 Sek.; Hochsprung: Reuberling, M.F.V. Stuttgart, 1,35 Mr.; Weisprung: Maria Hill, Ege, Lötzingen, 4,84 Mr.; Kugelstoßen: E. J. J. J. Kirchheim, 7,70 Mr.; Speerwerfen: Theresie Herzog, Ege, Omänd, 23,92 Mr.; Amal 100 Meter-Stapel: Ege, Göttingen, 59 Sek.; 10mal 100 Meter-Stapel: Ege, Lötzingen, 2,19 Mr.

### Leichtathletik

Der amerikanische Meister Paddock lief bei einem internationalen Hochschal-Wettbewerb in Paris 100 Meter in 10,4 und 200 Meter in 21,2 Sekunden; (deutsche Bestleistung von Rau 10,5 bzw. 21,8 Sek.).

### Schwimmen

Der Schwimmerband Schwaben gewinnt den Logblattpokal in Abergemeiner Weise endgültig mit 22 Punkten vor Amateur mit 40 und Cannstatt mit 47 Punkten.

Die Ausscheidungsschwimmkämpfe für Coblenz werden jetzt vom Magdeburger S.C. für den 16. und 17. Juni offiziell ausgeschrieben.

## Aus der Heimat.

Wildbad, 15. Mai 1923

### Sitzung des Gemeinderats vom 5. Mai 1923.

Einweihung des Rathauses. Anlässlich der heutigen ersten Sitzung im neuen Rathaus fand ein kleiner Festakt statt. Erschienen waren hiezu außer sämtlichen 16 Mitgliedern des Gemeinderats Herr Oberamtmann Wagner von Neuenbürg und die Vorstände der städtischen Ämter. Der Vorsitzende begrüßte den Herrn Oberamtmann und die Erschienenen und führte dann etwa Folgendes aus: Mit Rücksicht auf den Ernst der jetzigen Zeit, in der Millionen Volksgenossen an der Ruhr, am Rhein und an der Saar unter brutaler Fremdherrschaft schmachten, hat die Stadt von einer größeren Einweihungsfeier des neuen Rathauses abgesehen. Das Rathaus erhält so durch die heutige erste Sitzung des Gemeinderats seine Weihe. Die Stadt hat allen Anlaß sich des heutigen Tages zu freuen. Das Rathaus, das ihr durch einen tatkräftigen Entschluß des Gemeinderats wie eine reife Frucht in den Schoß gefallen ist, wird allen Bedürfnissen der Stadt jetzt und für die Zukunft genügen und vermöge seiner äußeren und inneren Beschaffenheit und seiner prächtigen Lage gereicht es „der Stadt zur Würde, dem Platz zur Zierde“. Als der Gemeinderat Ende Dezember 1922 beschlossen hat, das Hotel Löwen als Rathaus zu erwerben, hat der Beschluß in der Einwohnerschaft zunächst keinen Anklang gefunden, inzwischen sind die Ansichten aber schon anders geworden und ich bin überzeugt, daß der Beschluß bald volle Anerkennung und Billigung finden wird, wenn die Einwohnerschaft die Annehmlichkeiten des neuen Rathauses kennen gelernt haben und einsehen wird, welche wertvollen Besitz die Stadt in dem prächtigen Anwesen in bester Lage der Badestadt erworben hat. Erfreulich ist es, daß die Stadt durch die Erwerbung in der Lage ist, sich auch noch den Besitz des alten Rathauses samt Nebengebäude zu erhalten und diese der Wohnungsfürsorge dienstbar zu machen. Die Stadt besitzt jetzt 2 große wertvolle Anwesen in bester Lage der Stadt, was spätere Generationen, wenn einmal weitere Bedürfnisse an die Stadt herantreten werden, zu schätzen wissen werden.

Das alte Rathaus, von dem wir heute Abschied nehmen, ist in seiner jetzigen Gestalt 1841 anstelle eines auf demselben Plage stehenden alten, nur hölzernen Hauses erbaut worden. Letzteres wurde offenbar, wie das daneben liegende früher Bischof-Wildbrett'sche Haus, in der Zeit nach dem großen Stadtbrande von 1742 erbaut; es enthielt im Erdgeschoß eine Spritzenremise und einen Fruchtboden, im 1. Stock eine Amtsstube. Das 1841 erbaute Rathaus wurde hölzern, wie es noch steht, erstellt. Es enthielt anfänglich im Erdgeschoß das Feuerwehmagazin, die Polizeiwache und die Arreste, im 1. Stock den Sitzungssaal, das Amtszimmer des Stadtschultheißen und das Wartezimmer, im 2. Stock die Wohnung des Stadtschultheißen. 1894 wurde der Sitzungssaal in das Erdgeschoß verlegt und das Nachbarhaus von Stadtförster Bischof und Schuhmacher Wildbrett, das 1766 erbaut wurde, hiezu erworben. Im alten Rathaus haben 5 Stadtvorstände ihres Amtes gewaltet. Bis 1828 stand der Stadt ein Ratsherr Amtmann (der letzte hieß Reischer) vor, der in dem am Kurplatz gelegenen Amtshaus, späteren Forsthaus, amtierte. Der erste von der Bürgererschaft gewählte Stadtvorstand war der Stadtschultheiß Karl Friedrich Pfeiderer. Er wurde 1828 gewählt und legte sein Amt 1849 infolge seiner Ernennung zum Badlaster nieder. Ihm folgte Stadtschultheiß Oskar Friedrich Seeger, der sein Amt nur bis 1846 versah und infolge seiner Ernennung zum Bahnhofinspektor in Ludwigsburg unsere Stadt wieder verließ. Daraus folgte Stadtschultheiß Hermann Müller, früher Rechtsanwalt, der von 1846 bis zu seiner 1878 erfolgten Pensionierung im Amte war. Von 1878 bis 1905 war mein verstorbenen Vater Heinrich Wagner, Stadtschultheiß von Wildbad, dessen Sie sich noch alle erinnern und dem zu Ehren der Gemeinderat der neuen Villenstraße am Sommerberg in Anerkennung seiner Verdienste um seine Vaterstadt die Bezeichnung „Wagnerstraße“ beilegte. Im Jahre 1905 folgte ich meinem Vater im Amte nach; morgen sind 18 Jahre verstrichen, seitdem ich die Ehre habe, unserer Stadt vorzustehen. Ueber 80 Jahre hat das alte Haus unserer Stadt als Rathaus gedient. Während dieser Zeit hat unsere Badestadt die wichtigste Zeit ihrer Entwicklung durchgemacht. Nun sind wir im neuen Rathaus eingezogen, das wie Sie wissen, von Herrn Adolf Großmann 1914 kurz vor dem Weltkrieg in großzügiger Weise als Hotel z. Löwen erbaut worden ist. Mag es manchen bedauerlich erscheinen, daß das für seinen ursprünglichen Zweck vorzüglich geeignete Anwesen diesem entzogen wird, so darf andererseits nicht vergessen werden, daß für eine Badestadt wie Wildbad eine würdige Repräsentation in den

Öffentlichen Gebäuden von großer Wichtigkeit ist. Möge Gott unseren Einzug und unsere Arbeit im neuen Hause segnen! Möge für alle in diesem Hause tätigen Beamten und Gemeindevorsetzern das Wohl der Gemeinde, die Wohlfahrt des Ganzen stets oberstes Gesetz und Richtschnur ihres Handelns sein! Das wolle Gott!

Herr Oberamtmann Wagner ergriff hierauf das Wort. Er dankt für die freundliche Einladung des Gemeinderats und für die Begrüßungsworte des Stadtvorstands. Er begrüßt die Stadt Wildbad zu dem neuen prächtigen Rathaus, das Zeugnis ablegt von dem Gemeinsinn der Einwohnerschaft und der Badestadt würdig sei. Er begrüßt die gleichermäßen den Ortsvorsteher und den Gemeinderat wegen ihres raschen Zugreifens und des damit bewiesenen Weitblicks und Bagemuts. Der schöne Sitzungssaal, dem zweifellos die übrigen Räume, die er nachher besichtigen werde, entsprechen, befriedige in jeder Hinsicht. Gesunde, helle Arbeitsräume seien für die Arbeitsfreudigkeit der Beamten von großer Wichtigkeit. Das alte Rathaus habe einen wenig erfreulichen Eindruck gemacht, habe den Bedürfnissen nicht mehr genügt und sei der Badestadt Wildbad längst nicht mehr würdig gewesen. Umso erfreulicher sei die jetzige glückliche Lösung. Mögen die Beschlüsse, die in diesem Saale gefaßt werden, stets der Stadt zum Wohle gereichen!

Bergbahn: Mit Rücksicht auf die fortschreitende Geldentwertung müssen die Fahrpreise und Frachtsätze der Bergbahn nochmals beträchtlich erhöht werden. Es wird beschlossen, die Fahrpreise und Frachtsätze der Bergbahn mit sofortiger Wirkung auf das Niveau der im Beschlusse vom 14. November 1922 festgesetzten Sätze zu erhöhen, so daß eine Bergfahrt 400 Mr., eine Berg- und Talfahrt 600 Mr., eine Talfahrt 300 Mr. u. ff. kosten.

Dienstämner: Als Dienstämner für die heutige Badegesit werden aufgestellt: Chr. Collmer, Gottlob Forthmeier, Albert Bött und Eugen Haich.

Gesetzliche Miete: Der Vorsitzende schlägt vor, die gesetzliche Miete für hier nach den vom Ministerium des Innern festgesetzten Zuschlägen zu regeln. Die Beratung wird ausgeht bis zur nächsten Sitzung.

Probe der Beckerlinie. Nach der Sitzung fand beim alten Rathaus eine Probe der Beckerlinie statt, die in allen Teilen gut verlief. Herr Oberamtmann Wagner sprach der Mannschaft der Beckerlinie seine volle Anerkennung aus. Die Probe habe die gute Ausbildung und den Eifer und die Tüchtigkeit der Beckerlinie erwiesen.

Schönberg. Der bekannte ärztliche Leiter der Lungenheilstätte in Schwarzenberg, Sanitätsrat Dr. Hans V e b e r, starb am Himmelfahrtstag im Alter von 59 Jahren.

## Handelsnachrichten

Der Dollar am 14. Mai: 46 1/2. Weitere Erhöhung des Goldankaufpreises. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt vom 14. Mai ab bis auf weiteres zum 7000fachen des Nennwertes, also zum Preise von 140 000 M für ein Zwanzigmarkstück gegenüber 125 000 M ab 7. Mai. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichsübermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 3000 (2000)-fachen Betrage des Nennwertes.

### Neue Lombardierung der ausländischen Reichsbankgolddepots

Die der Ausweis der Reichsbank vom 7. ds. Mts. ergibt, hat sich die Zunahme der Anlagekonten der Bank in der ersten Maiwoche erheblich verlangsamt. Die Ansprüche des Reichs an die Reichsbank waren (u. a. im Zusammenhang mit größeren Steuererhöhungen) geringfügig; auch die Neuanforderungen von privater Seite waren niedriger als in den letzten drei Vorwochen. Der Neubedarf an Zahlungsmitteln hat wie im Vormonat nach Abwicklung des Umlaufverkehrs etwas nachgelassen. Der Banknotenumlauf hob sich weiter um 177,1 Milliarden Mark auf 6723,1 Milliarden Mark, während der Umlauf an Darlehenshauseinheiten um 45,6 Millionen Mark auf 12,5 Milliarden Mark zurückging. Während der Berichtswoche sind 12,75 Millionen Mark Gold aus den Kassen der Bank ins Ausland gelegt worden. Gleichzeitig wurde das im Ausland befindliche Gold mit einem Darlehen in Höhe von 8 Millionen Goldmark neu belastet. Demgemäß hat sich der zur freien Verfügung der Bank stehende Goldbestand um diesen Betrag auf insgesamt 913,9 Millionen Mark vermindert, und zwar stellte sich der Goldkassenbestand der Bank am 7. ds. Mts. auf 880,9 Millionen M., das im Ausland ruhende unbelastete Gold auf 224,0 Millionen Mark. Die Bestände der Bank an Münzen aus unedlem Metall wiesen eine Abnahme um 82,5 Millionen Mark auf.

Dreifache Verschmelzung. Die Aufsichtsräte der Jura-Deckschieferwerke A.-G., des Bau- und Zementwerks Mößlingen A.-G. und der Bau- und Brennstoff-Industrie A.-G. haben beschlossen, den Generalversammlungen am 7. Juni die Verschmelzung der drei Gesellschaften vorzuschlagen. Die Jura-Deckschieferwerke A.-G. ist an der Bau- und Brennstoff-Industrie A.-G. seit ihrer Gründung beteiligt. Mit dem Mößlinger Deckschieferwerk verbindet sie die Bearbeitung der gleichen Aufgaben. Der Zusammenschluß bringt eine wesentliche Vereinfachung der Organisation unter gleichzeitiger Ansäuerung der in den drei Gesellschaften bisher gesammelten Erfahrungen, sowie Vermehrung unproduktiver Ausgaben. An dem neuen Unternehmen sind als Hauptaktionäre einerseits der württembergische Staat und andererseits die Deutsche Petroleum-A.-G. und Rätgerwerke A.-G., die bekanntlich in einer Interessengemeinschaft miteinander stehen, beteiligt. Mit dem Staate sind Vereinbarungen wegen Ueberlassung der für die neue, vergrößerte Gesellschaft erforderlichen Berechtigungen getroffen worden. Ueber die Einzelheiten der geplanten Transaktion wird uns folgendes mitgeteilt: Die Jura-Deckschieferwerke A.-G. soll die beiden anderen Unternehmen im Wege der Verschmelzung, unter Ausschluß der Liquidation in sich aufnehmen. Die Jura-Deckschieferwerke A.-G. besitzen zurzeit ein Kapital von 27 Mill. M., die Bau- und Zementwerke Mößlingen A.-G. ein Kapital von 16,5 Mill. Mark und die Bau- und Brennstoff-Industrie A.-G. ein solches von acht Millionen Mark. Den Aktionären der Bau- und Zementwerke Mößlingen A.-G. soll für je eine Mößlinger Aktie eine neue Jura-Aktie gewährt werden, den Aktionären der Bau- und Brennstoff-Industrie A.-G. für je eine Bau- und Brennstoff-Industrie-Aktie zwei neue Jura-Aktien. Zum Zwecke der Verschmelzung ist also das Kapital der Jura-Deckschieferwerke A.-G. von 27 Millionen auf 50,5 Millionen Mark zu erhöhen. Darüber hinaus soll aber das Kapital der Jura-Deckschieferwerke A.-G. um weitere 70,5 Mill. Mark auf 120 Millionen Mark unter Ausschluß des gesetzlichen Verzehrsrechtes der Aktionäre erhöht werden. Die weitere Kapitalerhöhung soll dazu dienen, die neue Gesellschaft von einigen älteren Verbindlichkeiten zu befreien, und ihr die zum Ausbau des Unternehmens erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen. Die bisherigen Vorstände der drei Gesellschaften bilden zusammen den Vorstand der neuen Gesellschaft. Ferner treten Aufsichtsratsmitglieder der beiden aufzunehmenden Gesellschaften in den Aufsichtsrat der Jura-Deckschieferwerke A.-G. ein. Den Vorsitz im Aufsichtsrat wird weiterhin der württembergische Finanzminister führen.

Wehpreis. Die Edd. Mählenerleiung hat den Wehpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 270 000 erhöht.

Stuttgarter Börse vom 14. Mai. Die Börse schloß heute in sehr fester Haltung ein mit den zahlreichen Kaufofferten, die sich über den Sonntag aneinandermisch hatten. Im Verlauf des Tages vom Donnenmarkt niedrigerer Preise gemeldet wurden, verläute die Konflikt etwas; man bleibt trotzdem in recht guter Haltung bei zum größten Teil gegenüber den Notierungen der letzten Woche erhöhten Kursen. Der Markt der Wertpapiere war ruhig. Von den Bankaktien lauen Sparkassenbank fest bei 4500, Notenbank zogen um 2500 an auf 20 500, Merseburger waren höher bei 7800 notiert. Im Markt der Warenwerte mußten Wulle bei 34 000 infolge zu großer Nachfrage rationiert werden, die Notiz der letzten Woche lautete 30 000; Ravensburg und Schöner wurden beide einige Sundert Prozent höher bei 7500 bzw. 7800 verhandelt. Kobenzollern stiegen von 22 000 auf 24 000, Kellnermerse blieben unverändert 17 000. Auf dem Markt der Metallaktien verzeichneten Feinmechanik eine Steigerung von 2000 auf 89 000. Chemische Industrie herrschte nach Kohner, welche 7000 höher bei 97 000 notiert werden mußten. Junghans lauen recht fest bei 26 000, Metallwaren notierten 80 000 gegen 70 000 zuletzt. Von den Maschinenwerten konnten Daimler 2000 gewinnen und notierten 20 000, Laupheimer wiesen eine Erhöhung um 7000 auf 55 000 auf, Manrus lagen ebenfalls fest bei 15 000 (am Freitag 14 000). Schillingen zogen von 25 200 auf 27 500 an, Selter von 19 500 auf 23 000 und Weingarten von 35 000 auf 38 000; Neckarländer kamen mit 25 000 gegen 23 500 zuletzt zum Vorschein. Auf dem Markt der Eisenwaren schloßen Erlangen 7000 höher 30 000, Westheim behaupteten sich bei 125 000, Kolb-Schäfer liegen um 4000 auf 35 000, zu welchem Kurs sie, da lebhafte Nachfrage, rationiert werden mußten, sich gemannet heinabe 2000 bei einem Kurs von 37 last. Chemische Werten auf 70 000 (zuletzt 60 000), denselben Kurs erreichten Kallun. Die vorige Woche 82 000 notiert hatten. Pelmerindustrie mußten gestiegen werden, da der regen Nachfrage gegenüber selbst zu einem über 25 000 höheren Kurs genutztes Material nicht herankam. Von den L o n s t a t e n M a r k e n machten Anilin einen Sprung von 50 000 auf 57 000, Kellnermerse Zement verbesserten ihren Kurs um 4000 auf 27 000, Knorr blieben 28 500 gegen 27 000 vorige Woche. Kohn-Rothmell wurden unter großer Nachfrage bei 44 000 notiert (mehr 2000). Gummi Koffen lag 1000 höher. Salzwerk notierten ohne Veränderung 225 000. Stuttgarter Indier wurden heinabe 2000 höher bei 24 750 gefaßt. Die neuen Werten der Union Deutsche Verlag verzeichneten einen Gewinn von 5000 und kamen mit 25 000 zur Notiz. Mannheimer Gel schloßen 100 niedriger 28 000.

Mannheimer Produktebörse, 14. Mai. Die heutige Produktebörse verkehrte in durchaus fester Haltung. Verlangt wurden für die 100 Kilo bahnfret Rannheim, alles in 1000 K: Weizen 170 bis 178, Roggen 140 bis 144, Gerste 128 bis 135, Inland. Hafer 110 bis 125, Mais 160-170, Prechtroh 48-50, gebundenes Stroh 45 bis 48, Stiertraber 72, Weizenkleie 70.

### Märkte

Mannheimer Schlachtviehmarkt vom 14. Mai. Zum Schlachtviehmarkt waren zugeführt und wurden für das Pfund Lebendgewicht bezahlt: 186 Dohlen 2200 bis 3000, 185 Bullen 3400 bis 3200 M., 450 Rabe und Rinder 2200 bis 4000 M., 338 Kälber 3400 bis 4300 M., 448 Schweine 4100 bis 4600 M. Haltung mit Großvieh und Kälbern lebhaft, geräumt, Schweine mittelmäßig, langsam geräumt. Der nächste Montagmarkt ist auf Mittwoch den 23. Mai verlegt worden.

Voltinger Schweinemarkt, 14. Mai. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 222 Milchschweine und 3 Käuferchweine. Der Preis für ein Milchschwein liegt wieder auf 180 000 bis 275 000 M., der Preis für ein Käuferchwein auf 350 000 M.

### Das Wetter

Die Luftdruckverteilung ist noch immer ungenügend, da im Westen neue Störungen ihren Einfluß bis nach Süddeutschland geltend machen. Am Mittwoch und Donnerstag ist noch meist bedecktes, vielfach regnerisches, nur langsam aufbellerndes Wetter zu erwarten.

## Bekanntmachung.

Für die noch nicht abgestempelten Brokkarten findet am nächsten Donnerstag vorm. von 8-12 Uhr im Stadt. Wehamt der letzte Weißmehlverkauf statt. Auf eine Brokkarte kommen 8 Pfund; das Pfund kostet 850 Mark. Stadt. Wehlabgabestelle.

In Abt. 8 der Altenhalde kann

## Suchholz

geholt werden.

Wildbad, den 15. Mai 1923.

Stadt. Forstamt.

Bin unter

## Nr. 106

an das Fernsprechnetz angeschlossen.

Wilh. Bott, Spezereihandlung  
Laienbergrstraße.

Tüchtiges  
Servierfräulein  
sowie  
junger Laufbursche  
für sofort gesucht.  
Zu erfragen in der Tagblattgeschäftsstelle.

Freiwillige  
Feuerwehr  
Wildbad.  
Betreffs Uebernahme der  
Theaterwache  
wollen sich die Kameraden  
am Mittwoch den 16. Mai,  
abends 7 Uhr, im alten  
Volkschulgebäude melden.  
Das Kommando.

Bronzen  
in Karten und Flaschen  
Aluminiumbronze  
für Heizkörper  
Ofenlack, schwarz und grün  
Med.-Drog. A. & W. Schmit.



Düten u. Beutel,  
sowie Einwickelpapier  
empfiehlt billigt  
E. Reinhardt.

